



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Horst Arnold, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Familien direkt im Alltag entlasten – Kindern Teilhabe ermöglichen – Bayern zum Familienland Nr. 1 machen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre bisherige generelle Blockadehaltung auf Bundesebene hinsichtlich der Aufhebung der Anrechenbarkeit von Sozialleistungen aufzugeben und das Bayerische Familiengeld rechtssicher auszugestalten. Ziel muss es sein, eine gemeinsame Lösung zu finden. Da das Familiengeld der Zielsetzung, Familien in Bayern zu unterstützen, nur bedingt gerecht wird, sind zudem die in Nr. 2 genannten Maßnahmen dringend erforderlich.
2. Um Familien direkt im Alltag zu entlasten, Kindern Teilhabe zu ermöglichen und Bayern zum Familienland Nr. 1 zu machen, wird die Staatsregierung aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - Allen Kindern in Bayern ist der gleichberechtigte Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Hierfür werden die Elterngebühren für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege schrittweise abgeschafft.
 - Die Staatsregierung startet eine Qualitätsoffensive für die frühkindlichen Bildungseinrichtungen, indem sie die finanzielle Beteiligung des Freistaats deutlich erhöht und insbesondere für eine verlässliche (Regel-)Finanzierung auch in Rand- und Ferienzeiten sorgt, die Voraussetzungen für mehr individuelle Betreuungsangebote zur bestmöglichen Inklusion und Integration schafft sowie die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessert (v. a. durch einen „Pakt für anständige Löhne“, Sicherstellung kostenloser und attraktiver Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten sowie Regelungen zur Freistellung von Einrichtungsleitungen für ihre Leitungsaufgaben

bzw. zur entsprechenden Refinanzierung). Die derzeitigen Landesmittel reichen nicht aus, um in diesen Punkten entscheidend voranzukommen. So zeigt sich in bayerischen Krippen bspw. bundesweit das größte Qualitätsgefälle zwischen den Wohnorten, wie eine aktuelle Erhebung der Bertelsmann-Stiftung besagt.

- Die Staatsregierung verstärkt ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Kinderarmut, indem sie sich für die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung einsetzt. Dabei orientiert sie sich am Konzeptvorschlag des „Bündnisses Kindergrundsicherung“.
- Sie verbessert auch über die genannten Punkte hinaus die Rahmenbedingungen für die Eltern in Bayern, um Familien- und Berufsleben besser miteinander zu vereinbaren. Deshalb setzt sie sich für gute und sichere Arbeitsbedingungen ein, die u. a. flexiblere Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umfassen; außerdem baut sie niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote bedarfsgerecht auf und aus. Hierzu zählen bspw. Familien- und Pflegestützpunkte, kommunale Präventionsketten sowie spezifische Anlaufstellen für Personengruppen mit besonderen Unterstützungsbedarfen (z. B. Alleinerziehende). Insgesamt sagt derzeit laut Sozialbericht der Staatsregierung nur ein Viertel der Eltern in Bayern, Beruf und Familie ließen sich gut miteinander vereinbaren.

Begründung:

Trotz guter wirtschaftlicher Lage gibt es in Bayern zahlreiche Handlungsbedarfe, damit möglichst alle Familien hiervon im Alltag auch tatsächlich profitieren können. Sie wünschen sich vor allem mehr Unterstützung, mehr Zeit und bessere Infrastrukturen bzw. Rahmenbedingungen. So hätten 42 Prozent der Eltern in Bayern gerne einen Krippenplatz für ihr Kind, doch nur 27 Prozent bekommen auch tatsächlich einen. In bayerischen Krippen zeigt sich zudem bundesweit das größte Qualitätsgefälle zwischen den Wohnorten: So muss laut einer aktuellen Erhebung der Bertelsmann-Stiftung eine Krippenfachkraft in den Landkreisen Hof und Coburg (1 zu 4,7) rein rechnerisch zwei Kinder mehr betreuen als im Landkreis Rosenheim (1 zu 2,7). Insgesamt sagt laut Sozialbe-

richt der Staatsregierung nur ein Viertel der Eltern in Bayern, Beruf und Familie ließen sich gut miteinander vereinbaren. Die Staatsregierung wird deshalb dringend aufgefordert, ihre Augenmerk verstärkt hierauf zu legen.

Da das sogenannte Bayerische Familiengeld der Zielsetzung, Familien in Bayern zu unterstützen, nur bedingt gerecht wird, sind die in Nr. 1 des Antrags genannten Maßnahmen dringend erforderlich. Nur so können Familien in Bayern direkt, nachhaltig und zielgerichtet im Alltag entlastet werden.